

Antragsbereich S / Antrag S11**AntragstellerInnen:** UB Passau**Empfänger:** Bundesparteitag

Bundestagsfraktion Landesvorstand Landtagsfraktion

**Empfehlung der Antragskommission:** Annahme in der Version der Antragskommission**S11: Verbesserung der wohnortnahen Versorgung von ungewollt Schwangeren und Abschaffung des Paragraphen 219a StGB und Änderung des Paragraphen 218 StGB**

Das Thema Schwangerschaftsabbruch ist eines, von dem unmittelbar nur Frauen  
 5 betroffen sein können. Betroffene Frauen sind mit Blick auf den zeitlichen Druck, der von Gesetzeswegen vorgegeben ist, in einer äußerst schwierigen Situation. Für uns ist klar: Ein Schwangerschaftsabbruch ist kein  
 10 Verhütungsmittel, sondern ein medizinischer Eingriff mit gesundheitlichen Risiken. Kein Verhütungsmittel wirkt absolut sicher – das Risiko für eine Schwangerschaft ist im Falle von Geschlechtsverkehr immer gegeben.  
 15 Frauen, die ungewollt schwanger werden und sich für einen Abbruch entscheiden, müssen in einem medizinisch fortschrittlichen Land wie Deutschland eine bessere Versorgung erhalten. Das Thema Schwangerschaftsabbruch muss ferner enttabuisiert und die  
 20 Informationen hierzu verbessert werden. Der in der GroKo erzielte Kompromiss zur Reform des §219a StGB verbessert die Situation von Ärzt\*innen, Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen und ungewollt Schwangeren insgesamt nicht. Das Informationsverbot für  
 25 Ärzt\*innen bleibt darin bestehen, wodurch sich zum einen das Auffinden medizinisch sachgemäßer Informationen für Betroffene weiterhin als schwierig gestaltet und zum  
 30 anderen die Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen bestehen bleibt. Solange Ärzt\*innen eine Anklage wegen einer Infor-

Streichung §219a in Überschrift,

Das Thema Schwangerschaftsabbruch ist eines, von dem unmittelbar nur Frauen betroffen sein können. Betroffene Frauen sind mit Blick auf den zeitlichen Druck, der von Gesetzeswegen vorgegeben ist, in einer äußerst schwierigen Situation. Für uns ist klar: Ein Schwangerschaftsabbruch ist kein Verhütungsmittel, sondern ein medizinischer Eingriff mit gesundheitlichen Risiken. Kein Verhütungsmittel wirkt absolut sicher – das Risiko für eine Schwangerschaft ist im Falle von Geschlechtsverkehr immer gegeben. Frauen, die ungewollt schwanger werden und sich für einen Abbruch entscheiden, müssen in einem medizinisch fortschrittlichen Land wie Deutschland eine bessere Versorgung erhalten. Das Thema Schwangerschaftsabbruch muss ferner enttabuisiert und die Informationen hierzu verbessert werden. Das Informationsverbot für Ärzt\*innen bleibt darin bestehen, wodurch sich zum einen das Auffinden medizinisch sachgemäßer Informationen für Betroffene weiterhin als schwierig gestaltet und zum anderen die Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen bestehen bleibt. Solange Ärzt\*innen eine Anklage wegen einer Information auf ihrer Website fürchten müssen, solange werden weiterhin nur wenige von ihnen für

mation auf ihrer Website fürchten müssen,  
 35 solange werden weiterhin nur wenige von  
 ihnen für diese Eingriffe bereitstehen.

Wir fordern:

- 40 • die freie Wahl der Abbruchmethode muss  
 bei den betroffenen Frauen liegen,
- Methoden des Schwangerschaftsabbruchs  
 müssen in der medizinischen  
 Ausbildung verpflichtend verankert  
 45 werden,
- die Beratungspflicht soll vereinfacht wer-  
 den und es sind vielfältige und nieder-  
 schwellige Beratungsangebote zu schaf-  
 fen
- 50 • die Änderung des § 218 StGB und somit die  
 Entkriminalisierung von Abbrüchen, was  
 mit einer Enttabuisierung dieses Themas  
 in der Gesellschaft einhergehen wird,
- die Streichung des § 219a StGB, damit Ärz-  
 55 tinnen und Ärzte über ihre Abbruchme-  
 thode informieren dürfen, ohne dafür be-  
 straft zu werden.

Neben Verbesserungen im Bereich Schwan-  
 gerschaftsabbruch setzen wir uns auch für  
 60 einen besseren Zugang zu Verhütungsmit-  
 teln für bedürftige Frauen ein. Viele Frauen  
 in Deutschland können sich die Kosten für  
 Pille, Spirale und Co. schlicht und ergreifend  
 nicht leisten und verhüten deshalb unregel-  
 65 mäßiger, greifen zu weniger zuverlässigen  
 Methoden oder verzichten ganz auf Verhü-  
 tung. Frauen im Studium, in der Ausbildung,  
 alleinerziehende Frauen in Minijobs oder  
 Teilzeit – nicht nur Bezieherinnen von Sozial-  
 70 leistungen, sondern für viele Frauen darüber  
 hinaus sind Verhütungskosten eine hohe  
 finanzielle Belastung.

Wir fordern ein bundesweites Modell zur  
 75 Übernahme der Kosten von Verhütungsmit-  
 teln alle.

diese Eingriffe bereitstehen.

Wir fordern:

- die freie Wahl der Abbruchmethode  
 muss bei den betroffenen Frauen lie-  
 gen,
- Methoden des Schwangerschaftsabbruchs  
 müssen in der medizinischen  
 Ausbildung verpflichtend verankert  
 werden,
- die Beratungspflicht soll vereinfacht  
 werden und es sind vielfältige und  
 niederschwellige Beratungsangebote  
 zu schaffen
- die Änderung des § 218 StGB und somit  
 die Entkriminalisierung von Abbrüchen,  
 was mit einer Enttabuisierung dieses  
 Themas in der Gesellschaft einherge-  
 hen wird,

Neben Verbesserungen im Bereich Schwan-  
 gerschaftsabbruch setzen wir uns auch für  
 einen besseren Zugang zu Verhütungsmit-  
 teln für bedürftige Frauen ein. Viele Frauen  
 in Deutschland können sich die Kosten für  
 Pille, Spirale und Co. schlicht und ergreifend  
 nicht leisten und verhüten deshalb unregel-  
 mäßiger, greifen zu weniger zuverlässigen  
 Methoden oder verzichten ganz auf Verhü-  
 tung. Frauen im Studium, in der Ausbildung,  
 alleinerziehende Frauen in Minijobs oder  
 Teilzeit – nicht nur Bezieherinnen von Sozial-  
 leistungen, sondern für viele Frauen darüber  
 hinaus sind Verhütungskosten eine hohe  
 finanzielle Belastung.

Wir fordern ein bundesweites Modell zur  
 Übernahme der Kosten von Verhütungsmit-  
 teln alle.

Frauen sind ferner auch besonders häufig  
 Opfer von Gewalt, insbesondere häuslicher  
 Gewalt. Die Frauenhäuser und Frauennot-

80 Frauen sind ferner auch besonders häufig Opfer von Gewalt, insbesondere häuslicher Gewalt. Die Frauenhäuser und Frauennotdienste sind seit Jahren unterfinanziert. Um Frauen in dieser Notsituation besser helfen zu können, müssen die staatlichen Fördermittel hier aufgestockt werden.

85 Wir fordern: Mehr staatliche Finanzmittel für Frauenhäuser und Hilfseinrichtungen für von Gewalt betroffenen Frauen.

90

dienste sind seit Jahren unterfinanziert. Um Frauen in dieser Notsituation besser helfen zu können, müssen die staatlichen Fördermittel hier aufgestockt werden.

Wir fordern: Mehr staatliche Finanzmittel für Frauenhäuser und Hilfseinrichtungen für von Gewalt betroffenen Frauen.